

Naika Foroutan • Jana Hensel
Die Gesellschaft der Anderen

**NAIKA FOROUTAN
JANA HENSEL**

DIE GESELLSCHAFT DER ANDEREN

**MITARBEIT
MAIKE NEDO**



ISBN 978-3-351-03811-3

Aufbau ist eine Marke der Aufbau Verlag GmbH & Co. KG

1. Auflage 2020

© Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2020

Einbandgestaltung Anzinger und Rasp, München

Satz LVD GmbH, Berlin

Druck und Binden CPI books GmbH, Leck, Germany

Printed in Germany

www.aufbau-verlag.de

Inhalt

1	Das Jahr 2020	7
	Über den Anschlag von Hanau und wie die AfD in Thüringen kurzzeitig einen Ministerpräsidenten ins Amt brachte	
2	Die Gesellschaft der Anderen	49
	Warum sich unser Buch an die Mehrheitsgesellschaft richtet	
3	Ost-Migrantische Analogien	95
	Warum man Migranten und Ostdeutsche miteinander vergleichen muss	
4	Die Neunziger	135
	Über den langen Weg ins Jahr 2015	
5	In der neuen Hauptstadt	173
	Warum wir in Berlin ostdeutsch und migrantisch wurden	
6	20 Jahre Wiedervereinigung	219
	Über die Frage, wann Emanzipation beginnen kann	
7	Mütter, Väter, Revolutionen	267
	Über unsere überraschend ähnlichen Biographien	
8	Einigkeit, Freiheit und das Recht auf Gleichheit	305
	Über unsere Zukunftsvisionen	
	Anmerkungen	339
	Literatur	344

1

Das Jahr 2020

Über den Anschlag von Hanau und wie die AfD
in Thüringen kurzzeitig einen Ministerpräsidenten
ins Amt brachte

Naika Foroutan: Hanau ist kein Ereignis, in dem irgendetwas kulminiert, sondern eines, das sich einschreibt in ein Kontinuum.

Jana Hensel: Thüringen und Hanau sind Krisen, an denen man sehen kann, dass die Mehrheitsgesellschaft sich das Recht herausgenommen hat, entscheidende Entwicklungen über Jahrzehnte zu ignorieren.

JH: Ich habe Sie einen Tag nach dem Attentat von Hanau angerufen. Wir kannten uns zu diesem Zeitpunkt schon eine Weile. Ich hatte ein Interview mit Ihnen über Ihre Studie zu ostdeutsch-migrantischen Analogien geführt und ein paar Wochen später stellten wir dann fest, dass es lohnenswert sein könnte, sich einmal ausführlicher der Frage zuzuwenden, ob und wie sich Deutschland aus ostdeutscher und migrantischer Perspektive erzählen ließe. Dieser Gedanke hat uns nun für dieses Buch zusammengeführt. Als ich Sie am 20. Februar 2020 anrief, ging es mir aber in erster Linie darum, zu erfahren, wie es Ihnen nach den rassistischen Morden an acht Männern und einer Frau ging.

NF: Ich erinnere mich genau an unser Telefonat. Das war eine sehr solidarische Geste von Ihnen. Natürlich ist es so, dass man sich nach einer solchen Tat in einem emotionalen Ausnahmezustand befindet. Auch wenn es niemanden in den migrantischen Communitys überrascht hat, dass diese Morde geschehen konnten. Sie sind vorher geschehen und werden sicherlich wieder geschehen. Die Toten von Hanau stehen in einer langen Liste von in Deutschland durch rassistischen Terror Ermordeten.

JH: Es ist in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem Zeichen des Protests, Respekts und Anstands geworden, die Namen der Opfer von rassistischen Gewalttaten zu nennen: In Hanau endete das Leben von Gökhan Gültekin, 37 Jahre, seine Freunde nannten ihn Gogo; Sedat Gürbüz, Besitzer der Shisha-Bar »Midnight«, 30 Jahre; Said Nesar Hashemi, angehender Maschinen- und Anlagenführer, 22 Jahre; Mercedes Kierpacz, 35 Jahre, die in der »Arena Bar« gearbeitet hat und Mutter zweier

Kinder, darunter eine dreijährige Tochter, war; Hamza Kurtović, 20 Jahre, der gerade seine Ausbildung abgeschlossen hatte, Vili Viorel Păun, 23 Jahre, der bei einer Kurierfirma gearbeitet hat; Fatih Saraçoğlu, Kammerjäger und Schädlingbekämpfer, 34 Jahre; Ferhat Unvar, 22 Jahre, der gerade im Begriff war, seine eigene Heizungsinstallationsfirma zu gründen und Kaloyan Velkov, 33 Jahre, Vater eines siebenjährigen Sohnes. – Ihren Worten entnehme ich, dass Sie noch immer tief getroffen sind, obwohl Ihnen, wie Sie ja selbst sagen, ein solcher Anschlag zu keinem Zeitpunkt unwahrscheinlich erschienen ist.

NF: Ich habe immer gehofft, dass Deutschland irgendwann aufhören würde, ein Land zu sein, in dem Menschen, die aussehen wie die Ermordeten, die Namen oder einen Glauben haben wie sie, Angst haben müssen. Davon sind wir weit entfernt. Man kann natürlich Momente herauspicken, die, sagen wir, in den letzten 30 Jahren besonders bedrückend waren, wie Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, die Keupstrasse in Köln, Nürnberg, Hamburg, München, Kassel, wo der NSU mordete, Halle, aber das Schlimme ist: Sie addieren sich zu einer subkutanen Grundahnung, die sich Jahr für Jahr negativ verfestigt. Immer stärker. Insofern ist Hanau kein Ereignis, in dem irgendetwas kulminiert, sondern eines, das sich einschreibt in ein Kontinuum.

JH: Wie und wann hat Sie die Nachricht des Anschlags erreicht?

NF: Am späten Abend des 19. Februar habe ich die Nachricht auf einem Newsticker gelesen und zunächst gedacht, zwei verfeindete Clans hätten sich in der Innenstadt von Hanau bekämpft. So wird es vielleicht nicht nur mir gegangen sein, denn seit geraumer Zeit gibt es eine starke mediale Aufmerksamkeit für die Clan-Kriminalität in Deutschland. In diesem Zusammenhang werden auch immer wieder Bilder von Shisha-Bars gezeigt. Dieses *Framing*, also der Rahmen, in dem Bilder platziert werden, wirkt über die Zeit nach und bildet, wie der französische Philosoph Michel Foucault sagt, eine »Archäologie des Wissens«. Demnach entsteht durch das Sammeln und Verwerten von Informationen ein großes Reservoir an Bildern, das sich zu einem jederzeit abrufbaren Wissen verbindet. Offensichtlich gab es das in meinem Kopf auch und ich habe es im ersten Moment

falsch abgerufen. Denn unser Wissen muss nicht richtig sein, um eine Wirklichkeit zu konstruieren.

JH: Und wann wussten Sie, was tatsächlich passiert war?

NF: Am nächsten Morgen. Im Laufe der Nacht stellte sich heraus, dass es sich um einen rassistischen Anschlag handeln könnte. Generalbundesanwalt Peter Frank hatte die Ermittlungen übernommen. In den Medien wurden die ersten Bilder gezeigt. Ich konnte diejenigen sehen, die um die Opfer trauerten, und mir wurde klar: das ist ein mir zumindest emotional vertrautes Milieu.

JH: Was meinen Sie mit vertraut?

NF: Allein die Shisha-Bars, die immer wieder gezeigt wurden: »Midnight« und »Arena Bar & Café« mit dem angeschlossenen »24/7 Kiosk«. Das Ambiente ist typisch für westdeutsche Innenstädte. Und die Namen der Orte auch. Dort gehen normale Leute hin und das sind in westdeutschen Innenstädten heute zum großen Teil Migranten. Das sind nicht meine Orte, ich bin zu alt dafür, aber mein Sohn, jüngere Verwandte, Freunde und Bekannte verbringen dort manchmal ihre Freizeit. Tatsächlich hat sich in den Shisha-Bars seit einiger Zeit einer Art Gegenkultur etabliert, weil migrantische Jugendliche an den Clubs immer noch häufig abgewiesen werden. Sie kommen nicht durch die Tür. Die Security weist sie ab, weil sie die falsche Haut- oder Haarfarbe haben oder den falschen Style, und damit ein Verhalten assoziiert wird, das in den Clubs unerwünscht ist.

JH: Die Berliner Journalistin Şeyda Kurt hat auf Twitter am Tag nach dem Anschlag Shisha-Bars als Zufluchtsort und *Safe-Spaces* für rassifizierte Menschen bezeichnet.

NF: Gleichzeitig sind es ganz normale Orte, einige Hundert allein in Hessen. Menschen, die aussehen wie Migranten, stellt sich dort nicht die Frage, komme ich rein oder nicht, sie haben immer Zugang. Da steckt auch kein Exzeptionalismus dahinter. Es geht ihnen nicht darum, dort eine Art Parallelwelt aufzubauen. Dass gerade diese Orte in Hanau angegriffen wurden, hat auch etwas damit zu tun, dass sie so stark kriminalisiert worden sind. Erst kommt die Kriminalisierung und dann der Moment, in dem Kriminalisierung ins kollektive Bewusstsein einsickert und viele Menschen Shisha-Bars tatsächlich vor al-

lem mit Drogen, Clans und Mafia in Verbindung bringen, bewusst oder unbewusst, so, wie auch ich es zunächst tat. Niemand ist von diesem *Framing* befreit. Die Kriminalisierung von Orten und sozialen Gruppen ist ein Prozess, der ungeheuer schnell greift. Der Mechanismus, der dahinterliegt, heißt Versicherunglichung, und bedeutet, dass alles durch die Brille der Herstellung von Sicherheit gesehen und dadurch als potenziell kriminell *geframed* wird.¹ Wenn durch Praktiken wie *Racial Profiling*, also Personenkontrollen auf Basis von bestimmten Haut- oder Haarfarben oder Razzien an bestimmten Orten, das Gefühl eines unsicheren Ortes, eines kriminellen Umfeldes geschaffen wird und man das wiederum mit Migration in Verbindung bringt, erscheint Migration als Sicherheitsproblem. Auf Shisha-Bars trifft das in hohem Maße zu. Bei vielen Razzien wurde dort tatsächlich unversteuerter Tabak gefunden. Das ist nicht legal, ganz klar. Fitness-Center, in denen mit Amphetaminen gehandelt wird, oder Techno Clubs, in denen Drogenkonsum auch nicht gerade unüblich ist, werden aber im Gedächtnis nicht als kriminelle Milieus gerahmt. Unversteuerten Tabak zu verkaufen ist Steuerhinterziehung und ein Straftatbestand. Aber in der Wahrnehmung vieler Menschen ist Steuerhinterziehung, wenn es Deutsche wie Uli Hoeneß machen und sogar dafür ins Gefängnis müssen, irgendwie ein Kavaliersdelikt, sie bleiben nicht als Verbrecher in Erinnerung. Shisha-Bars und ihr Publikum hingegen werden latent kriminalisiert.

JH: Die Genealogie vieler Anschläge ist mit Orten verbunden, die zuvor als ›fremd‹ markiert wurden und von denen wir wissen, dass sie entweder von Menschen, die migrantisch gelesen werden oder jüdisch sind, frequentiert werden oder in ihrem Besitz sind. Denken wir nur an die Morde des NSU oder den Anschlag im Oktober 2019 in Halle, als der Attentäter, nachdem die Tür der Synagoge zum Glück verschlossen blieb, zum naheliegenden Döner-Imbiss ging, um dort zu morden.

NF: Allein im Jahr 2018 wurden 1799 antisemitische Taten registriert, davon waren laut Bundeskriminalamt 1603 rechtsextrem motiviert. Für das Jahr 2019 geht die Bundesregierung von 184 Fällen islamfeindlich motivierter Angriffe auf Moscheen, muslimische Religionsstätten und religiöse Repräsentanten aus.

Das bedeutet, jeden Tag gibt es mehr als vier antisemitische Straftaten in Deutschland und jeden zweiten Tag einen islamfeindlichen Angriff.² In Hanau standen Freizeitorte im Visier. Das Ziel dahinter ist: Einerseits weiß der Mörder, dass er die Menschen, die er zu töten plant, an diesen Orten konzentriert antrifft. Zum anderen gelingt es ihm auf diese Weise, ein Gefühl der Angst in die Normalität zu säen. Sie sagten es gerade, auch der Attentäter von Halle ging nach dem missglückten Anschlag auf die Synagoge zu einem Döner-Imbiss. Wir kennen diese Angriffe auf die Normalität vom islamistischen Terror. Dort geht es auch darum, die Alltagswelt anzugreifen – den Supermarkt, das Café, den Bahnhof – und so Verunsicherung und Angst in die Bevölkerung zu tragen. Langfristiges Ziel ist dabei immer, soziale Gruppen gegeneinander aufzustacheln und das gesellschaftliche Klima zu vergiften, um eine weitere Entfremdung sowie eine Art emotionalen Bürgerkrieg zu erreichen. Nach diesem Muster kann Hanau auch gelesen werden. Fundamentalismen ähneln sich eben.

JH: Ja, das ist sehr gut beschrieben. Es wäre einmal zu fragen, ob sich das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu solchen Orten durch terroristische Anschläge verändert, schließlich geht man ja an Synagogen öfter einmal vorbei oder kauft in Döner-Imbissen ein, ohne weiter darüber nachzudenken. Wenn es um solche Fragen geht, werden ja die Ostdeutschen zum Teil der Mehrheitsgesellschaft, so, wie in ostdeutschen Fragen die Migranten dazu werden. Die Übergänge sind fließend, wie man es auch auf unserem Cover von Elif Küçük sehen kann. Ich muss zugeben, dass ich an mir selbst eine gewisse Arglosigkeit gegenüber Shisha-Bars und auch Döner-Imbissen feststelle. Ich habe mich bis zum Attentat von Hanau noch nie nach meinem Verhältnis zu ihnen befragt. Da spielt auf jeden Fall Desinteresse eine Rolle, auch Unkenntnis. In einer Shisha-Bar, auch das muss ich gestehen, war ich noch nie. Und die Tatsache, dass es zu den prägendsten und verstörenden Erlebnissen junger migrantisch gelesener Menschen in Deutschland zählt, in Clubs nicht hineinzukommen, ist mir erst durch den Roman »Ellbogen« von Fatma Aydemir bewusst geworden. Die Protagonistin radikalisiert sich unter anderem, weil sie ausgerechnet an ihrem 18. Ge-

burtstag mit Freundinnen an einem Club abgewiesen wird. Sie wollten dort zusammen feiern. Die Szene, in der sich das zu trägt, ist eine Schlüsselszene in diesem übrigens großartigen Roman.

NF: Die Abweisung an der Clubtür passiert in der Tat systematisch und trifft besonders oft Menschen, die phänotypisch als »nichtdeutsch« angesehen werden, auch wenn sie vielleicht gar keine Ausländer oder Migranten sind. Nehmen wir zum Beispiel Schwarze Deutsche. Manche leben in fünfter oder sechster Generation in Deutschland, sind nie migriert, aber ihr Aussehen wird damit verknüpft, dass sie migriert sein müssen. Wir haben an unserem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung 2017 eine Studie zu Diskriminierung in Deutschland gemacht.³ Darin zeigte sich, dass Menschen, die migrantisch markiert sind, einen Großteil ihrer Diskriminierungserfahrungen im öffentlichen Raum machen. Ihnen wird der Zugang zu Geschäften und Dienstleistungen verwehrt oder erschwert, besonders im Gaststätten- und Unterhaltungsgewerbe, aber auch bei der Wohnungssuche oder im Fitness-Center, vor allem, wenn sie Kopftuch tragen. Dadurch entstehen aufseiten dieser Menschen natürlich Vertrauensverluste. Im Grunde ist es auch eine Verknappung, sie pauschal als Migranten zu bezeichnen, und zwar aus den oben beschriebenen Gründen. Viele Menschen, die aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens, ihrer Religion migrantisch gelesen werden, sind gar keine Migranten, sondern hier geboren und haben einen deutschen Pass. Sie sind postmigrantisch sozialisiert. Wenn wir also verallgemeinernd von Migrantinnen und Migranten sprechen, müssen wir die postmigrantische Konstellation immer mitdenken, in der eine binäre Aufteilung in Migranten und Einheimische immer unschärfer wird, weil die Nachkommen von Migranten natürlich auch Einheimische sind. Sie sind hier geboren und handeln vor dem Hintergrund einer migrantischen Zuschreibung neue deutsche Identitäten aus. Damit verändern sie auch die kollektive Identität in diesem Land, das selbst zunehmend postmigrantisch wird.⁴

JH: Ähnlich verhält es sich ja mit vielen anderen Bezeichnungen auch. Wir werden wohl im Laufe unseres Gesprächs immer

wieder Begriffe präzisieren oder ihre Grenzen ausloten müssen. Ich habe gerade von der Mehrheitsgesellschaft gesprochen. Auch hier bedarf es einer Schärfung oder zumindest Erklärung, was wir darunter verstehen wollen.

NF: Ich stimme Ihnen in Ihrer Beschreibung, dass Ostdeutsche und Migranten je nach Perspektive auch immer Teil der Mehrheitsgesellschaft sein können, absolut zu. Der Begriff Mehrheitsgesellschaft ist in der Tat unscharf. Mehrheitsgesellschaft – wer soll das in Deutschland sein? Deutsche ohne Migrationshintergrund? Westdeutsche? Weiße Deutsche? Wenn Mehrheitsgesellschaft die quantitative Mehrheit meint, im Sinne von die Meisten, wäre es analytisch besser, von *Mainstream-Gesellschaft* zu sprechen, wie das der amerikanische Soziologe Richard Alba macht.⁵ Aber wir meinen mit Mehrheitsgesellschaft wohl eher die tonangebende Mehrheit. Eine Mehrheit also, die zentrale gesellschaftliche Positionen innehat und Diskursmacht besitzt. In Anlehnung an das Konzept der Dominanzkultur, das die Psychologin Birgit Rommelspacher entwickelt hat, verwenden wir Mehrheitsgesellschaft also im Sinne von Dominanzgesellschaft.⁶ Dabei geht es, wie Rommelspacher beschreibt, um die Möglichkeit, Ausgrenzung überhaupt ausüben zu können, weil eigene kulturelle Normen als dominant definiert werden. Das bedeutet nicht, alle gehen bei Grün über die Ampel und stoppen bei Rot, sondern, zum Beispiel, welcher Lesekanon in der Schule, welche Religion, Kultur oder Geschichte in unserer Gesellschaft zur Norm erhoben wird. Und damit dann als normal gilt. Schauen wir einmal auf die Diskussion über Kinderbetreuung: Wieso ist die westdeutsche Vorstellung, dass Frauen ihr Kind erst einmal drei Jahre zu Hause betreuen sollen, bevor sie es in die Kita geben, so lange dominant gewesen, während die ostdeutsche Vorstellung von Kitas ab dem ersten Lebensjahr als Verwahrlosung galt oder als ein Zeichen dafür, dass diese Frauen Rabenmütter sind? Weil Normen von einer bestimmten Werte aus, in dem Falle aus einer westdeutschen, christdemokratischen Perspektive, dominant gesetzt werden können. Wer diese Dominanzkultur vorgeben oder auch vorleben kann, hat mehr gesellschaftliche Macht, kann Diskurse, Debatten oder Gesetze beeinflussen. Die Mehrheitsgesellschaft meint also nicht die

numerische Mehrheit, denn die ist in der Tat vielfältig. Wenn ein Viertel der Menschen in Deutschland migrantische Familienbiographien hat und je nach Zählart – ob Wohnortprinzip, Geburtsortprinzip oder familiensozialisiert – ein Viertel der Menschen ostdeutsche Biographien, wer ist dann die Mehrheitsgesellschaft? Die ohne Migrationshintergrund mit westdeutscher Biographie? Aber polemisch gesprochen machen ja schon Migranten und Ostdeutsche zusammen 50 Prozent. Man sieht, das geht nicht auf. Vor allem, weil die Kategorien künstlich sind. Es gibt ja auch migrantische Ostdeutsche. Und man muss bedenken, dass Fragen von Schicht und Klasse, Geschlecht und Machtzugang wichtig sind, um Hierarchien und Positionen zu definieren. Einigen wir uns einfach, dass wir, wenn wir Mehrheitsgesellschaft sagen, vor allem jene meinen, die in der Lage sind, Normen zu setzen, das Wort also synonym zu Dominanzgesellschaft verwenden. Aber lassen Sie uns noch einmal auf Hanau zurückkommen. Welche Gedanken und Gefühle hat der Anschlag denn bei Ihnen ausgelöst?

JH: Durch meine Arbeit als Journalistin musste ich immer wieder auf solche Gewaltakte reagieren, vor allem, wenn sie sich in Ostdeutschland ereigneten. Nach dem Anschlag auf die Halenser Synagoge habe ich jenes Gefühl, das mich dabei seit Längerem begleitet, einmal in einem Text beschrieben. Wir waren gerade im Urlaub, mein Sohn hatte Geburtstag, am Morgen haben wir noch singend um den Geburtstagstisch getanzt und später kam die Nachricht aus Halle. Jedes Mal erfasst mich Wut, Entsetzen, aber auch eine große Mattheit. Und Scham, so hieß der Text. Denn die Gewalt, so schrieb ich damals, ist längst ein Teil unseres ostdeutschen Nachwendelebens geworden. Wir entkommen ihr nicht, egal, wo wir sind. Ich meine all die Daten und Namen der Orte, die sich inzwischen als eine Art innerer Kalender, eine Art innere Landkarte in uns eingeschrieben haben. Und immer dann, wenn ich diese Orte betrete, baut sich diese ostdeutsche Gewaltgeschichte aufs Neue vor mir auf. Fahre ich durch Rostock hindurch an die Ostsee, schaue ich in Rostock-Lichtenhagen hinüber zum Sonnenblumenhaus. Bin ich in Erfurt, laufe ich in Gedanken den Weg zum Gutenberg-Gymnasium hinauf. Wenn ich in Zwickau bin, sehe ich

die abgebrannte Ruine des Hauses in der Frühlingsstraße vor mir. Und wenn ich mit meinem Sohn auf den Dresdner Elbterrassen sitze und wir Eis essen, dann schaue ich über seine Schultern hinüber auf den Platz vor der Semperoper, wo sich die Pegida-Demonstranten treffen. So habe ich das damals formuliert und mich auch gefragt, ob wir hier einfach wie Touristen sitzen können. Und das sind ja nur einige Orte: Dessau, Guben, Hoyerswerda, Magdeburg und andere kämen noch hinzu. Die Erinnerung an die Gewalt und ihre Opfer ist für den, der sie zulässt, im Osten beinahe allgegenwärtig, sie bricht beständig in meinen Alltag ein. Und mit ihr Schuld, Scham und Ratlosigkeit. Aber zu dieser langen Gewaltgeschichte gehört leider auch, dass ich mittlerweile, wie in einem Reflex, solche Nachrichten wegzublenden versuche, weil mich die Gewalt in dieser verlässlichen Wiederkehr sehr belastet. Natürlich funktioniert das nicht. Als wir nach dem Hanauer Anschlag telefonierten, haben Sie angefangen zu weinen. Das hat mich schockiert, selbst sehr traurig gemacht. Da war ein Entsetzen und eine Fassungslosigkeit, vor allem aber war da auch Angst. Um Ihre Familie, um Freundinnen und Freunde. In diesem Moment ist mir klar geworden, dass ich mich bei all den beschriebenen Gewalttaten noch nie als ein mögliches Ziel gefühlt habe. Und dass es natürlich eine ganz andere Dimension hat, wenn man aufgrund seines Aussehens um sein Leben fürchten muss. Meinen Sie, es würde Ihnen gelingen, über jene sich am Telefon so unerwartet entladende Angst und Trauer noch einmal zu sprechen?

NF: Nun, eigentlich bin ich ein grundsätzlich unängstlicher Mensch. Wenn man bei mir die *Big Five*, also die psychologischen Persönlichkeitsmerkmale, abfragen würde, hätte ich bestimmt hohe Werte bei Risikobereitschaft. Da paart sich wahrscheinlich der rheinländische Optimismus meiner Mutter, er kütt wie't kütt, mit dem Glauben, dass Gott groß ist und Allah schon seine schützende Hand über mich und meine Familie halten wird. Vielleicht spielt auch die Tatsache, dass ich als Kind in einem Land gelebt habe, in dem Krieg herrschte, eine Rolle. In unserer Familie hat es immer wieder Neuanfänge gegeben. Auch das ist möglicherweise ein Grund dafür, dass mich nichts so schnell einschüchtern kann. Aber ich merke, wie sich Angst

über die Zeit akkumuliert und irgendwann in Wut umbricht. Wenn wir eine Linie ziehen vom Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke bis zu den neun Getöteten in Hanau, sehen wir, allein 2019 und 2020 gab es eine unglaubliche Verdichtung von Attentaten. Die Einschlüsse nehmen zu. Man hofft, man würde mit den Wiederholungen abstumpfen. Genau so, wie Sie es beschrieben haben. Aber so ist es nicht. Irgendwann bricht die ganze akkumulierte Angst auf, man verliert die Kontrolle und hat das Gefühl, nicht mehr in die Normalität zurückfinden zu können.

JH: So schien es mir auch zu sein. Ihre Angst schien älter, sie wurde in jenem Augenblick aufgerufen, aktiviert. Wahrscheinlich war auch der Gedanke, hoffentlich passiert meinen Kindern nichts, wenn sie sich an anderen Tagen einfach so durch Berlin bewegen, in dem Moment für Sie präsent.

NF: Die jungen Männer, die in Hanau getötet wurden, sind vor allem meinem älteren Sohn und seinem Umfeld sehr ähnlich. Er und seine Freunde hätten aufgrund ihres Aussehens genauso Opfer des Anschlags sein können. Nur so kann ich mir erklären, warum ich am Tag danach ständig um ihn gekreist bin. Ich habe ihn geküsst, auf den Kopf, auf die Schulter, als wäre er angeschossen. Ich wollte mir sicher sein, dass er da ist, dass ihm nichts passiert ist. Auch die zutiefst leidenden Eltern, die ich im Fernsehen sehen konnte, waren mir vertraut, weil sie aussehen wie die Eltern, auf die ich in der Schule meiner Kinder beim Elternabend treffe. Wir wissen um die Gefährdung unserer Kinder und wollen sie beschützen, so, wie das auch die Eltern der Ermordeten von Hanau wollten und am Ende doch nicht konnten. Der Tod dieser jungen Menschen ist also plötzlich und konkret in meine Welt eingebrochen. Wer phänotypisch erkennbar ist, wie die ebenfalls ermordete Mercedes Kierpacz, erfährt Rassismus. In Hanau war er wieder einmal tödlich. Dass so etwas jederzeit geschehen kann, ist auf einem abstrakten Niveau klar. Unmittelbar, durch das eigene Lebensumfeld, zu registrieren, dass Rassismus potenziell dein Leben bedroht oder das deiner Geschwister, Kinder, Freunde, Verwandten, und zwar im Hier und Jetzt – das ist es, wofür dieser Anschlag steht.

JH: Nach dem Anschlag konnte man in den sozialen Netzwerken das Video eines Jungen sehen, der überlebt hatte, und sich an den Abend in der Shisha-Bar erinnert.

NF: Er lag im Krankenhaus, von einem Schuss in die Schulter verwundet und tief verstört. Ich habe mir das Video von Muhammed B. auf dem Handy angeschaut und musste auch in diesem Moment weinen. Aber eigentlich war das kein Weinen mehr. Das war Klagen. Klageweinen. Er sah genauso aus wie mein Junge. Die gleiche Frisur, der gleiche leichte Oberlippenbart. Diese Jungs sehen schon so früh so viel älter aus, als sie eigentlich sind. Muhammed erzählte, was passiert war und während er sprach, weinte er auch. Er hatte versucht, sich hinter einer Wand in Sicherheit zu bringen, wurde aber trotzdem angeschossen. Neben, unter und über ihm lagen andere junge Männer, von denen einer eine schwere Verletzung am Hals hatte und sagte: »Bruder, ich kann meine Zunge nicht spüren, ich kann nicht atmen.«⁷ Muhammed hielt dem Verletzten die Schusswunde im Hals zu, konnte ihm aber nicht helfen. Er starb.

JH: *I can't breathe.* Ein Satz, den wir inzwischen aus einem weiteren Video kennen, das den Mord an George Floyd zeigt und auf dem seine letzten Worte zu hören sind. Ein Satz, der später zigfach auf Plakaten bei Demonstrationen in der ganzen Welt zu lesen war und geradezu sinnbildlich all die rassistischen Morde zu verbinden scheint. Was mir an Muhammed, aber auch den jungen Männern, die bei dem Anschlag getötet wurden, aufgefallen ist, betrifft etwas, das Sie auch gerade erwähnten, sie wirkten sehr erwachsen und kräftig.

NF: An den Körpern lässt sich viel ablesen. Es ist kein Zufall, dass viele junge Migranten, wie es oft heißt, »pumpen«. Regelmäßig ins Sportstudio gehen. Vielleicht weil sie unterschwellig darauf vorbereitet sein wollen, dass sie im Laufe ihres Lebens mit Gewalt konfrontiert sein werden. Damit demonstrieren sie Widerstandsfähigkeit, die sie anders nicht exerzieren können, weil sie nicht in realer Macht sind, keine Position haben, keines dieser feingeistigen Tools der Wehrhaftigkeit und Alltagssicherheit besitzen, wie bürgerliche Mittelschichtskinder ohne Migrationshintergrund. Also versuchen sie das Instrument zu nutzen, das sie haben: ihren Körper. Und so entsteht bei vielen dieser

Jungs, die sich schon so lange in einem abwertenden, hasserfüllten Klima ihren Alltag und ihre Normalität erkämpfen müssen, eine Art Körperpanzer. Ein Begriff, der auf Klaus Theweleit zurückgeht. Er benutzt ihn in seinem Buch »Männerphantasien«, vor allem, um Männlichkeitsinszenierungen zu beschreiben.⁸ Körperpanzer sind dabei Mittel der Angstabwehr. Oft werden die gepanzerten Körper der migrantischen Jungs belächelt, als Bedrohung angesehen oder als Kompensation mangelnder Intelligenz betrachtet. Ich sehe darin eine Form der Angstregulation.

JH: Der amerikanische Essayist Ta-Nehisi Coates, auf den ich sicher noch öfter zu sprechen komme, weil seine Texte und Bücher für mich wichtige Lektüren sind, hat in seinem Buch »Zwischen mir und der Welt« sehr eindrucksvoll über die allgegenwärtige und jahrhundertealte existenzielle Bedrohung des Schwarzen Körpers in Amerika geschrieben. An einer Stelle beschreibt er, um bei Ihrer Formulierung zu bleiben, Formen der Angstregulation bei Schwarzen Jugendlichen in New York.⁹ »Rüstungen gegen die Welt« nennt er die Posen, überdimensionierten Kleidungsstücke und pumpenden Beats aus den Ghetto blastern, die auf den Betrachter vermeintlich wie ein Lifestyle wirken, aber für die Schwarzen Jugendlichen die Funktion haben, sich zu schützen, ihre Angst zu kaschieren.

NF: Diese Körper reagieren auf Anrufungen, wie der französische Philosoph Louis Althusser das nennt und die amerikanische Wissenschaftlerin Judith Butler weiter ausführt.¹⁰ Jedes Individuum wird bestehenden Ideologien oder Normen unterworfen oder unterwirft sich freiwillig den Vorstellungen, die es über sie oder ihn als Individuum oder als Teil einer sozialen Gruppe gibt. Wenn also von migrantischen Jungs gedacht wird, dass sie nicht an Bildung interessiert sind, sondern vor allem auf körperliche Präsenz Wert legen, dann findet eine doppelte Unterwerfung statt. Einerseits unterwirft die Mehrheitsgesellschaft diese Jungs, indem sie sie permanent außerhalb der Normalvorstellungen platziert. Andererseits unterwerfen sie sich selbst den Anrufungen. Im gedanklichen und gesellschaftlichen Repertoire gibt es nicht viele Rollenbilder für sie. Und damit meine ich speziell jene Bilder, die im Kopf erscheinen, wenn man das

Wort Migrant hört. Das ist nicht einfach eine statistische Kategorie, sondern sie verbindet sich immer mit Türken, Arabern, Schwarzen oder Geflüchteten und nicht mit dem Sohn der englischen Nachbarn. Wenn man an migrantische junge Männer denkt, assoziiert man Hauptschule, Tipico, Handyladen, Türsteher, maximal noch Fußball. Nicht Rollenbilder wie Kindergärtner, Arzt, Rechtsanwalt oder Krankenpfleger. Ich will damit sagen: Wenn das Angebot an Rollen, die migrantische Jungs in der Gesellschaft performen können, so eng ist, performen sie auch eher in diesem engen Raster. Sie spielen auf die Erwartungen zurück wie eine Rückhand im Tennis. Sie bieten die Körper, den Gang und die Sprache an, die die Gesellschaft von ihnen erwartet. Das ist keine aktive Erwartung – nach dem Motto »Hey, spiel mir mal den Migranten!« –, das ist, nach Althusser, auch ein sich Untergeben, ein Vorwegnehmen der Anrufungen. Somit reproduziert sich die ideologische Grundlage immer weiter und wird zur empirischen Realität.

JH: Wie hat Ihr Sohn selbst auf Hanau reagiert?

NF: Er ist in einem Alter, in dem er normalerweise sagt, du nervst, du übertreibst, aber in dem Moment war er sehr durchlässig. Mich hat überrascht, dass er am Morgen nach dem Anschlag als Erstes zu mir sagte: »Gott sei Dank war es kein islamistischer Anschlag.« Das hat mich sehr beschäftigt, weil mir klar wurde, wie sehr ihn dieses Thema bewegt.

JH: Was meinte er mit »Gott sei Dank war es kein islamistischer Anschlag«?

NF: In den vergangenen Jahren gab es eine Entwicklung, nicht nur, aber auch in Deutschland, in deren Verlauf der Islam und die Muslime immer stärker unter Verdacht gerieten. Das belastet die Erwachsenen, aber auch die Kinder. Denn sie erfahren ihre Religion als etwas Positives, gleichzeitig haftet sie ihnen an wie ein Makel. Das ist ein *Mismatch*. Sie wollen ihre Religion alltäglich leben oder auch nur im Hintergrund als *Vibe* mitlaufen lassen und nicht permanent auf Vorurteile reagieren. Sie sehen den realen islamistischen Terror und seine Propaganda der Unfreiheit sehr wohl, aber sie haben gleichzeitig nicht die Möglichkeit, in einem gesellschaftlichen Klima aufzuwachsen, in dem ihre Religion alltäglich ist und der Terror des Islamismus

davon unterschieden wird. Das verunsichert die Jugendlichen. So sind wir doch gar nicht, denken sie. Oder etwa doch? Das ist so, als würde man als Christ in ein anderes Land migrieren und dort mit einer gänzlich anderen, abwertenden Vorstellung von Jesus konfrontiert werden. Nach dem Motto: Jesus war ein Verrückter! Er hielt sich für den Sohn Gottes und die tödlichsten Kriege der Geschichte sind von Christen geführt worden, deswegen kann man ihnen nicht vertrauen. In Bezug auf Hanau kam bei meinem Sohn wahrscheinlich das unangenehme Gefühl auf, wäre es ein islamistischer Terroranschlag gewesen, hätte er erneut in eine Verteidigungsposition gehen müssen. Für etwas, das er gar nicht verteidigen möchte. Einfach nur, weil man nicht erträgt, dass unter der Diskussion über einen islamistischen Anschlag die Schönheit der eigenen Religion mit begraben wird und man sich im Zuge der berechtigten Kritik lauter hässliche, islamfeindliche Dinge anhören muss, die einen selbst zum potenziellen Täter machen.

JH: Hat sich Ihr Sohn auch bedroht gefühlt?

NF: Nein, aber er hat mich gebeten, keine Talkshow-Anfragen anzunehmen, um nicht danach *Hate* über mich im Internet zu lesen. So etwas passiert ja relativ häufig, und es ist schon für Erwachsene nicht leicht, damit umzugehen. Für Kinder ist es ungleich schwerer. Es gibt ein Video von einer französischen Schulklasse auf Youtube, die einen Ausflug ins Stadtparlament unternimmt.¹¹ Während die Klasse in den Zuschauerrängen sitzt, wird eine Mutter, die als Begleitung dabei ist und ein Kopftuch trägt, von einer Abgeordneten des Front National mit den Worten angegriffen, Frankreich sei laizistisch und eine Frau mit Kopftuch habe hier nichts zu suchen. Der neunjährige Sohn dieser Frau musste mit anhören, wie seine Mutter vor allen Leuten erniedrigt wurde. Dabei war er wahrscheinlich Minuten zuvor noch stolz darauf, dass sie als Betreuerin dabei war. Dem Jungen liefen die Tränen übers Gesicht. Bereits Kinder, die viel jünger sind als mein Sohn, registrieren solche Demütigungen in Bezug auf ihre und die Herkunft ihrer Eltern. Das können auch Blicke, harmlos gemeinte Fragen oder vermeintlich neutrale Diskussionen sein. Überall sind Stiche. Also, das war ein wichtiger Grund für

mich, nach Hanau nicht in eine Talkshow zu gehen. Ein anderer war, dass ich weiß, in solchen Momenten und in solchen Formaten werden Diskussionen über rassistische Anschläge häufig nicht in der ihnen angemessenen Komplexität geführt und nur auf identitäre Debatten reduziert.

JH: Auch das hat mir der Anschlag gezeigt: in unserer Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren viel über Identitätspolitik diskutiert. Sie selbst haben ein Streitgespräch mit dem Soziologen Wolfgang Merkel geführt, in dem Sie beide schwerlich zueinandergekommen sind. Ganz allgemein formuliert ist der Vorwurf gegenüber Identitätspolitik, dass sie einzelne Gruppen der Gesellschaft spaltet und weiter auseinanderdividiert. Meine persönliche Erfahrung ist dagegen eine völlig andere. Mein Leben hat sich durch Identitätspolitik stark verändert, es ist reicher geworden. Nicht zuletzt durch unsere Debatte über Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Migranten und Ostdeutschen. Seit zwei Jahren hat sich mein Bekanntenkreis um so viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte erweitert, dass das für mich, auch wenn das ein wenig pathetisch klingt, ebenso lebensverändernd war wie die Gespräche mit Jüdinnen und Juden, die ich schon länger führe. Sie haben mich über mein Deutschsein noch einmal grundsätzlich neu nachdenken lassen, auch über antisemitische Kontinuitäten vom Nationalsozialismus bis heute. Durch den Austausch mit Migrantinnen und Migranten bin ich nun auf eine unverhoffte Art noch einmal anders in diesem Land heimisch geworden. Das war für mich einerseits augenöffnend, andererseits habe ich eine emotionale Nähe gespürt, die ich so nicht kannte. Oder anders gesagt, nur aus Begegnungen mit Ostdeutschen kenne. Gesellschaftliche Minderheiten, so scheint mir, können gedanklich zusammenrücken, wenn sie sich begegnen, sie zeigen sich einander, *connecten* oder aber, mit derselben, ein wenig übertriebenen Energie, stoßen sie sich vehement voneinander ab. Was ich sagen will: mit mir ist das Gegenteil dessen passiert, was oft beschrieben wird. Identitätspolitische Prozesse haben mich nicht isoliert, sondern geöffnet. Ich bin froh über diese Öffnung, die eine des Kopfes und des Herzens gleichermaßen ist. Einige dieser, nun ja, neuen Bekannten habe ich nach dem Anschlag von Hanau ebenfalls

angerufen, jedes Mal bin ich auf dasselbe Entsetzen, dieselbe Verwundung gestoßen wie bei Ihnen. Alle erzählten, dass sie viel geweint hätten. Es ist schwer, mit solchen starken Gefühlen am Telefon umzugehen. Natürlich versucht man, Solidarität und Mitgefühl zu senden. Aber es fühlt sich schal an, denn der Graben zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen lässt sich kaum schließen. Ich habe mir die Frage gestellt, wie stark kann Solidarität und Mithilfe tatsächlich sein?

NF: Auch Robert Habeck von Bündnis 90/Die Grünen hat mich nach Hanau angerufen. Das war ein starkes Zeichen, denn es war überhaupt nicht auf Öffentlichkeit ausgerichtet. Eher eine Mischung aus Schutzangebot und ernsthaftem Mitgefühl. Man darf Symbolpolitik und ihre nachhaltige Wirkung gerade auf Minderheiten nicht unterschätzen. Aber die über den Schock entstandene Bindung muss zu konkreter Politik führen. Die Bedrohung von rechts findet nicht nur punktuell statt, sondern sie ist allgegenwärtig. Vor allem für Migranten. Sichtbare Migranten. Aber zunehmend auch für Frauen und Politikerinnen, die sich beispielsweise im Umfeld von Fluchtunterkünften engagieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach Hanau von Rassismus als Gift gesprochen und Innenminister Horst Seehofer hat klargemacht, dass Rechtsextremismus derzeit die größte Gefahr für Deutschland darstellt. Dass in diesem Augenblick von einem rassistischen Anschlag und nicht mehr von einem fremdenfeindlichen gesprochen wurde, wie so oft in der Vergangenheit, war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Ermordeten waren keine Fremden. Sie kamen aus Deutschland. Gleichzeitig ist durch die Debatte um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen im Februar 2020 klar geworden, dass viele Menschen erkennen, dass sich die rechte Bedrohung politisch etablieren kann. Ich beobachte beispielsweise im linksliberalen Milieu eine Veränderung, eine größere Bereitschaft zur Reaktion. Über viele Jahre, eigentlich seit dem Historikerstreit und der Maxime von Jürgen Habermas, dass aufgeklärt und demokratisch nur sein kann, wer aus der verfehlten deutschen Geschichte lernt, hat sich sowohl im linken wie auch im liberalen und bürgerlich-konservativen Lager zunehmend ein Konsens verfestigt, der darin mündete, dass Demokratie letztlich hege-

monial ist.¹² Viele haben mit einer gewissen Gelassenheit an die Unerschütterlichkeit der Demokratie geglaubt, weil sie davon überzeugt waren, auch ein paar Spinner auf der rechten Seite können ihr nichts anhaben.

JH: Das ist ja aber auch der entscheidende Irrtum gewesen, oder?

NF: Richtig. Aus der Grundüberzeugung heraus, die Rechten, zumal demokratisch gewählt, können die Demokratie letztlich nicht erschüttern, dachten viele, dass die Migranten, die sich über Rassismus beklagen, dramatisieren, dass die Frauen, die sich über Sexismus beklagen, dramatisieren, dass die Linken, die sich über Klassismus beklagen, irgendwie anachronistisch sind. Bis sich die Dinge in den letzten zehn Jahren schrittweise nach rechts verschoben haben und zu dem führten, was wir heute Konsensverschiebung nennen. Etwa seit 2010 und dem Erscheinen von Thilo Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab« hat es eine revisionistische Wende gegeben, verbunden mit einer Verschiebung der Sagbarkeitsgrenzen. Den meisten ist nur in Erinnerung geblieben, dass Sarrazin ein migrationsfeindliches Buch geschrieben hat. Aber in Wahrheit war es auch ein zutiefst abwertendes, klassenverachtendes Buch. Gekoppelt an das Narrativ der Muslimfeindlichkeit, das sehr anschlussfähig war, brach sich ein zunehmend spalterischer Diskurs durch den Schutzwall der Bürgerlichkeit. Seit Thüringen höre ich mehr und mehr Stimmen, die sagen: Die Demokratie ist in Gefahr. Dass sich ein Ministerpräsident mit den Stimmen der AfD wählen ließ, hat ein irritiertes Milieu scheinbar wieder *on track* gesetzt. Es wird sich zeigen, in welche Richtung das weitergehen wird.

JH: Es hat wahrscheinlich etwas damit zu tun, dass Thüringen und Hanau zeitlich so dicht beieinanderlagen, aber in beiden Krisen, so unterschiedlich sie sind, kann man deutlich sehen, dass die Mehrheitsgesellschaft sich das Recht herausgenommen hat, entscheidende Entwicklungen, die sich über Jahrzehnte vollzogen haben, weitgehend zu ignorieren. Letztlich stehen Hanau und Thüringen genauso wie Halle, denn auch die Zahlen antisemitischer Übergriffe sind ja in den vergangenen Jahren beängstigend angestiegen, am vorläufigen Ende eines Kontinuums. Wenn Sie sagen, dass kaum jemand in der migrantischen

Community überrascht war, dass sich so ein Anschlag ereignet, aber die allermeisten emotional betroffen waren, dann gilt das, glaube ich, bezüglich des Aufstiegs der AfD für viele Ostdeutsche auch: Kaum jemand konnte überrascht sein, dass die AfD 2017 mit so hohen Wahlergebnissen in den Bundestag einziehen würde. Betroffen gemacht hat es viele. Auch die Tatsache, dass sich der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD ins Thüringer Ministerpräsidentenamt wählen ließ, war einerseits überraschend, andererseits wiederum nicht. Mein Kollege Martin Machowecz, der in Erfurt zugegen war, schrieb gleich darauf einen aufwühlenden Text, der den Titel »Es ist passiert« trug. Mit einem Es-würde-einmal-Passieren war allerdings absolut zu rechnen gewesen. Letztlich eine Frage der Zeit. Hinzu kommt: Wenn man sich die Ereignisse von Thüringen genau anschaut, ist auch im Nachhinein nicht ganz klar, wie viele Leute in diesen Plan tatsächlich eingeweiht waren. Es scheinen einige gewesen zu sein. Zumindest Politiker wie Annegret Kramp-Karrenbauer oder Christian Lindner waren, sagen wir, höchstwahrscheinlich im Bild. Dennoch haben sie die Dinge laufen lassen. Sie müssen also angenommen haben, es wird schon gut gehen. Aber sowohl Hanau als auch Thüringen haben gezeigt, aus Worten folgen Taten. Sie haben es beschrieben. Genau das markiert die gewaltige Verschiebung der vergangenen Jahre: aus Worten sind immer häufiger und immer verlässlicher Taten geworden. Dass die Zivilgesellschaft mittlerweile so stark protestiert, ist ein ermutigendes Signal. Aber es ist auch erschreckend zu sehen, dass sich erst Katastrophen, dramatische Realitätseinbrüche ereignen müssen, bis sich Gesellschaften eines Problems wirklich bewusst werden. Dabei beschreiben meine Kollegen und ich schon sehr lange, dass der Osten kippt, um einmal Wolfgang Thierse zu zitieren, der das in einem Aufsatz sogar schon 2001 schrieb. Vor 20 Jahren! Für mich war dieser Beitrag damals sehr wichtig, endlich durchbrach jemand die üblichen Floskeln und Beschreibungsroutinen, zum ersten Mal hatte ich das Gefühl, jemand sprach an, was ich tagtäglich im Osten wahrnahm. Viele aber widersprachen dem damaligen Bundestagspräsidenten. Gerhard Schröder zum Beispiel sagte: »Der Osten kippt nicht!« Mit solchen einfachen Entgegnungen

wurde immer wieder versucht, Probleme aus der Welt zu schaffen. Als würden jene, die auf Fehlentwicklungen hinweisen, nichts anderes im Sinn haben, als die Zustände schlecht zu machen.

NF: Demokratien sind eben träge. Sie fußen auf verankerten institutionellen Abläufen. Es dauert, bis sich etwas ändert. Demokratien taugen daher auch gut zur Besitzstandswahrung. Dennoch, und das hat tatsächlich etwas mit dem Schock zu tun, den solche Ereignisse wie Hanau und Thüringen auslösen, es ist etwas in Bewegung gekommen. Vielen scheint klar geworden zu sein: Alleine schaffen wir das nicht mehr.

JH: Ich gebe Ihnen recht, in den Tagen nach Hanau haben wir eine Bewegung gesehen, eine Lernbewegung. Rassismus wurde benannt. Aber wir haben diese Bilder der Betroffenheit schon so oft gesehen. Wir haben Reden darüber, dass sich eine solche Tat nicht wiederholen dürfe, schon so oft gehört. Sie verweisen letztlich auf nichts anderes, als auf die Jahre der Verdrängung zuvor.

NF: Ich bin da optimistischer. Vorsichtig optimistisch. Seit Hanau und Thüringen klingen die Stimmen etwas anders. Die Parteien haben auf den Gewaltexzess von Hanau nicht wie üblich mit einem autoritären Ordnungsversprechen geantwortet – nach der Devise mehr Polizei und höhere Strafen –, sondern mit der Positionierung zu einer offenen Demokratie. Sie haben dem Ruf nach mehr Versicherheitlichung widersprochen und zugegeben, die rechtsextremistische Gefahr lange unterschätzt zu haben.¹³ Thüringen, wie gesagt, war in meinen Augen ein Weckruf für ein gesamtes, mit den Jahren etwas schläfrig gewordenes, demokratisches Milieu.

JH: Teilerfolg würde ich das nennen. Politisch betrachtet sind wir nach Thüringen keinen Schritt weiter. Das wären wir erst in dem Moment, in dem die Wahlergebnisse der AfD in den ostdeutschen Ländern nennenswert zurückgingen. Durch Corona hat sich das allenfalls angedeutet, aber längst noch nicht vollzogen, wie einige gehofft haben mögen. Und so lange das nicht passiert, bleibt die AfD ein mächtiger Player. Wie lange wird es gelingen, in den ostdeutschen Ländern jeweils Koalitionen um sie herum zu bauen? Deswegen würde ich Ihnen auch wi-

dersprechen. Ja, es hat sich zivilgesellschaftlicher Widerstand gezeigt, die Kemmerich-Wahl hat eine große Debatte ausgelöst, das Schlimmste konnte noch einmal abgewendet werden und die zweite Wahl am 4. März 2020 lief einigermaßen glatt. Aber in Wahrheit sind wir nicht weiter. Eigentlich keinen Millimeter. Die thüringische AfD ist aus dem Schlammassel in Erfurt jedenfalls nicht geschwächt hervorgegangen.

NF: Aber wissen wir inzwischen nicht schon viel mehr? Wie zielgerichtet rechte Politik funktioniert. Wie organisiert und systematisch sich rechte Akteure in Regionen ansiedeln, in denen Menschen aufgrund ihrer Bildung, Biographie oder ökonomischen Struktur anfällig für rechte Versprechen sind. Dass Björn Höcke, Alexander Gauland, Jörg Meuthen, alle diese Granden der AfD, inklusive des Vordenkers der Neuen Rechten und Identitären Götz Kubitschek und Ellen Kositzka, seiner Frau, aus dem Westen kommen und im Osten Erfolge feiern.

JH: Ja, das wissen wir. Aber, offen gestanden, ich bin keine Anhängerin dieser Darstellung. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, dass die AfD enorme Wählerschaften im Osten hat. Dass sie weitgehend vom Westen finanziert wird, in ihren Spitzen dominant westdeutsch ist, das ist alles bekannt. Aber die Frage muss sein, wie schaffen wir es, dass sie im Osten nicht mehr gewählt wird und die gesellschaftliche Atmosphäre nicht mehr derart beeinflussen kann.

NF: Ich finde es schon wichtig, zu analysieren, wie es politischen Figuren gelingen kann, ihren dominanzkulturellen Habitus unsichtbar zu machen und für die Underdogs und Deklassierten zu sprechen. So, wie Donald Trump als Milliardär von den Arbeitern im Rust Belt, also der sogenannten *White Working Class* gewählt wurde, obwohl seine finanzpolitische Strategie, zum Beispiel die Reichen aus der Steuerschuld zu entlassen oder die Krankenversicherung abschaffen zu wollen, sich gegen die Interessen der »kleinen Leute« richtet. So ist es auch mit der westdeutschen Führungselite der AfD. Sie will die Lebensbedingungen der Menschen in Ostdeutschland nicht strukturell verbessern.

JH: Das ist alles sehr richtig. Und ich bin im Grunde froh, wenn Sie die Rolle derer übernehmen, die sagt: Schaut euch an, wie

westdeutsch die AfD ist! Ich kenne dieses Argument von ostdeutscher Seite. Es klingt oft nach Entschuldigung und vereinfacht die Problematik, als ginge es hier nur um eine Schuld des Westens. Wir müssen die enorm hohen AfD-Zahlen in Zukunft verhindern, was – wie Thüringen zeigt – nicht einfach wird. Aber ähnlich wie Sie versuchen, im Zusammenhang mit dem Attentat von Hanau auch Wegweisendes zu sehen, kann ich versuchen, aus den katastrophalen Ereignissen von Thüringen positive Effekte herauszulesen.

NF: Welche könnten das sein?

JH: Wenn Sie so wollen, ist mit Thüringen insofern eine Normalisierung eingetreten, dass ein Ereignis in einem ostdeutschen Länderparlament zu einer Krise auf bundespolitischer Ebene geführt hat.

NF: Das sind ja politische Mechanismen, die wir üblicherweise in föderalen Systemen auch kennen. Zum Beispiel verlor in Nordrhein-Westfalen 2017 die dortige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Wahl, und im nächsten Moment ging die SPD bundespolitisch auf Talfahrt. Oder: Die CDU fuhr 2018 eines ihrer schlechtesten Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Hessen ein, wurde mit großen Verlusten nur knapp stärkste Partei und Angela Merkel trat am Tag danach als Parteivorsitzende zurück.

JH: Auf westdeutsche Verhältnisse trifft das zu. Ostdeutsche Landespolitik dagegen hat mit Thüringen zum ersten Mal einen derart starken Effekt auf die Bundespolitik gezeitigt. Das Land sprach tagelang von nichts anderem, Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesvorsitzende der CDU, musste ihren Rücktritt ankündigen und die Frage, ob Angela Merkel nicht doch vor dem Ende der Legislaturperiode zurücktreten würde, stand ernsthaft im Raum. Eine Art Endzeitstimmung lag, kurz bevor Corona die Koordinaten völlig überraschend und sehr maßgeblich verschob, über der Hauptstadt. Dazu muss man aber sagen, dass die Krise durch eine unnormale Situation ausgelöst wurde, nämlich, dass man in den Bundesspitzen, vornehmlich in der CDU dachte, die durch das Thüringer Wahlergebnis entstandene Pattsituation sei letztlich doch nur ein regionales Problem. Weder Kramp-Karrenbauer noch Paul Ziemiak, der

Generalsekretär der CDU, haben sich zu irgendeinem Zeitpunkt mit einer Lösung in dieses Thüringer Kuddelmuddel eingemischt. Nach den Wahlen Ende Oktober 2019 hatte sich dort folgende Situation ergeben: keine der beiden großen Volksparteien konnte eine Mehrheit jenseits der Linken und der AfD bilden. Stattdessen gab es eine starke Linke und eine starke AfD. Die CDU musste also, wenn sie mitregieren wollte, entweder mit der einen oder der anderen Partei zusammenarbeiten. Nun gibt es diesen sogenannten Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU, der festlegt, das mit beiden nicht zu tun. Daraus resultierte eine eigentlich unlösbare Situation, die sich über Monate nicht aufklärte, so dass Bodo Ramelow entschied, sich mit einer Minderheitsregierung am 5. Februar 2020 zur Wahl zu stellen, obwohl er wusste, dass es ein heikles Unterfangen war. Gleichzeitig befand sich Mike Mohring, der damalige Fraktionsvorsitzende der Thüringer CDU, in einem Dilemma.

NF: Inwiefern?

JH: Ich bin am Tag nach der Landtagswahl für *Die Zeit im Osten* mit Mike Mohring im Zug von Berlin nach Erfurt gefahren. Er kam gerade aus der CDU-Präsidiumssitzung, wo er sowohl Annegret Kramp-Karrenbauer als auch Angela Merkel getroffen hatte. Merkel hatte ihm ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen, in Gespräche mit der Linkspartei zu gehen. Auf der anderen Seite standen Ziemiak und Kramp-Karrenbauer mit ihrem Festhalten an dem Unvereinbarkeitsbeschluss. Dieses Detail, dieser Dissens zwischen Kramp-Karrenbauer und Merkel, ist später untergegangen. Dennoch brachte die CDU-Bundesspitze Mike Mohring damit in eine Situation, in der ihm wenig Handlungsspielraum blieb. Gleichwohl muss man sagen, dass er an der Situation nicht schuldlos war, weil er häufig laviert hat, und auch sein eigener Landesverband in der Frage, ob man mit den Linken regieren sollte, bis heute zerstritten ist. Im Rückblick kann man also sagen, Kramp-Karrenbauer hat nicht erkannt, dass sich auch in einem ostdeutschen Länderparlament eine Situation ereignen könnte, die gesamtdeutsche Auswirkungen haben kann.

NF: Da liegt der entscheidende Unterschied zu Nordrhein-Westfalen oder Hessen oder Bayern?

JH: In zweierlei Hinsicht: Eine vergleichbare Situation würde dort nie eintreten. Markus Söder oder Armin Laschet, der eine Ministerpräsident in Bayern, der andere in NRW, würden nicht in die Verlegenheit kommen, in ihren Ländern entweder mit der Linkspartei oder der AfD eine Koalition bilden zu müssen. Wenn aber dieser Fall, rein hypothetisch, im Parlament von Düsseldorf oder in München eingetreten wäre, hätten sich die Bundesspitzen von Anfang an in die Verhandlungen eingeschaltet. Es wäre eine Alarmsituation entstanden, die auf höchstem Niveau verhandelt worden wäre. Mal abgesehen davon, dass man sie medial ganz anders aufbereitet hätte. Stattdessen hat man, wie man das mit dem Osten immer macht, die in Thüringen, salopp gesagt, machen lassen. Schließlich war es ja vorher auch in Brandenburg und Sachsen gelungen, trotz einer jeweils starken AfD eine Regierung ohne deren Beteiligung zu bilden. Die ostdeutschen Landesverbände wie eine Art Paralleluniversum zu behandeln, hat eigentlich in allen Parteien mit Ausnahme der Linkspartei eine gewisse Tradition, in der CDU jedoch hat sich das nach 2015 noch einmal verschärft. Viele Ost-CDUler glauben, der Aufstieg der AfD sei ein Ergebnis der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel. Seither ist sie dort als Gast nicht mehr gern gesehen. Und auch andere CDU-Spitzenpolitiker lassen sich nur dann blicken, wenn es nicht zu vermeiden ist. Diese Koexistenz hat lange gut funktioniert. In Sachsen zum Beispiel. Dort drohte ja eine andere, wenngleich ähnliche Situation. Die AfD hätte dort sogar stärkste Kraft werden können. Auch wenn der Ministerpräsident Michael Kretschmer immer klargemacht hat, dass er nicht mit der AfD koalieren würde, ja, sogar seinen ganzen Wahlkampf auf diese Aussage aufbaute, in den Reihen hinter ihm war das Bild nicht ganz so geschlossen. Es gab immer Szenarien, was passieren würde, wenn er beispielsweise erneut seinen Wahlkreis an einen AfD-Mann verlieren oder wenn die AfD eben stärkste Kraft geworden wäre. Aber in diesem Fall hätte die Bundesspitze eben auch versucht, das Problem zu regionalisieren, zu einem innerostdeutschen zu machen.

NF: Und was ist der Grund dafür?

JH: Der Grund dafür ist nicht so stark politischer, sondern eher kultureller oder mentaler Natur. Man sagt sich: ›Der Osten ist

halt der Osten. Er ist anders, hat eigene Gesetzmäßigkeiten, es ist besser, wir gehen da ein bisschen auf Distanz. Deshalb war man von der Kemmerich-Wahl vor allem eins: überrumpelt. Zugegeben, das Szenario war höchst unwahrscheinlich, weil die komplette, also wirklich die komplette CDU-Fraktion für Kemmerich hätte stimmen müssen. Aber das tat sie dann auch! Kein einziger scherte aus. Selbst Mike Mohring nicht, ebenfalls ein Detail, das hinterher gern vergessen wurde. Unmittelbar nach der Wahl war man sowohl in der Bundes-CDU wie auch in der FDP nicht nur überrumpelt, sondern auch überrascht, welche hohen Wellen das im ganzen Land schlug. Im Prinzip analog zur Situation nach dem Attentat in Hanau. Nach dem Anschlag waren Ost wie West überwältigt von Emotionen, und es formierte sich Widerstand, den man unter normalen Umständen nicht organisieren kann. Annegret Kramp-Karrenbauer fuhr noch in der Nacht des 5. Februar nach Erfurt und versuchte, die Fraktion von Neuwahlen zu überzeugen. Dort hat sie dann gesehen, dass viele der Landtagsabgeordneten auf ihrer Haltung beharrten.

NF: Aber die Frage ist, *warum* wurde das so schnell zu einer bundespolitischen Krise?

JH: Ich glaube einerseits, weil die Kemmerich-Wahl ein theatrales und deshalb außerordentlich mobilisierendes Momentum besaß: viele Journalisten waren vor Ort, die Wahl wurde auf *Phoenix* übertragen, alle hofften, es würde gut ausgehen und dann geschah doch die Katastrophe. Und andererseits befand sich die Große Koalition in Berlin bereits in einer Krise. Fragt man also nach den positiven Effekten von Thüringen, wäre zu sagen: die politische Realität in Ostdeutschland lässt sich danach nicht mehr nur regionalisieren. Die Parteien müssen ihr Verhältnis zu den ostdeutschen Landesverbänden, eigentlich zum Osten insgesamt, grundlegend überdenken und letztlich neu aufbauen. Die CDU besonders, aber auch SPD und Grüne betrifft das. Auch diese Parteien müssen sich, aus anderen Gründen zwar, aber dennoch wieder stärker mit dem Osten verzahnen. Berlin muss wissen, was in den ostdeutschen Landesverbänden vor sich geht, zumal Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und auch Thüringen im Jahr 2021 vor der Bundestagswahl wählen.

Vor allem in Sachsen-Anhalt ist die Gefahr, dass die CDU und die AfD miteinander koalieren, nicht gering.

NF: Das heißt, Thüringen ist eine Zäsur, aber möglicherweise nicht die letzte dieser Art.

JH: Auf jeden Fall konnte man an Thüringen gut sehen, welche fatalen Folgen Verdrängungsmechanismen der Mehrheitsgesellschaft haben. Politische Entwicklungen im Osten dauerhaft zu regionalisieren, wegzumoderieren, sie nicht als Bestandteil einer gesamtdeutschen Realität anzuerkennen, führt letztlich zu so schockhaften Momenten der Überforderung, wie ich sie gerade beschrieben habe.

NF: Womit wir wieder bei Hanau wären. Hanau und Thüringen sind auch deshalb so eng miteinander verknüpft, weil sie den Prozess der Verdrängung des rechten Aufstiegs aus dem öffentlichen Bewusstsein exemplarisch zeigen. Es war ein Fehler, Rechtsextremismus und Rassismus all die Jahre vor allem nach Ostdeutschland zu verschieben, denn Hanau hat wieder einmal gezeigt, sie sind im ganzen Land verwurzelt. Nur wollte das bisher kaum jemand sehen. Waren Sie eigentlich froh, dass der Anschlag diesmal nicht in Ostdeutschland stattgefunden hat?

JH: Ja, das war ich. Und ich sage das, obwohl es verdammt zynisch klingt. Aber wie Ihr Sohn habe ich im Moment des Entsetzens sofort dieselbe Erleichterung gespürt. Der Zynismus besteht darin, dass man für so eine Aussage die Opfer beiseiteschieben, vernachlässigen, ja fast vergessen muss. In diesem Zusammenhang verbietet sich Erleichterung. Aber natürlich ist mir klar, dass es andere gesellschaftliche Konsequenzen gehabt hätte, wenn sich der Anschlag im Osten ereignet hätte. Wie Ihr Sohn wusste, welche Konsequenzen es gehabt hätte, wenn der Anschlag ein islamistischer gewesen wäre. Er wäre mit einer neuen Welle von antimuslimischem Rassismus konfrontiert worden und ich mit einer neuen Welle an Stereotypen über Ostdeutsche. Das ist zwar ein fundamentaler Unterschied, dennoch: wäre der Anschlag von Islamisten oder Ostdeutschen verübt worden, er wäre die Katastrophe einer Minderheit geblieben. Angela Merkels Gift-Satz wäre nach einer Tat im Osten sicherlich anders aufgenommen worden. Wir hätten wieder jene so

oft erlebten Argumentationsschleifen und -muster über die Spätfolgen der DDR und so weiter durchgehen müssen. Und nicht zuletzt wären beide Gruppen – ihr wie wir – in ihrer eigenen, längst vollzogenen, aber immer hart erkämpften Emanzipation zurückgeworfen worden. Wir wären, für den Moment, kollektiv wieder auf null gesetzt worden.

NF: Systemisch führt die Auslagerung von Extremismus auf die Anderen in der Gesellschaft, in dem Fall auf Migranten oder Ostdeutsche, dazu, dass weniger ganzheitliche oder gesamtgesellschaftliche Erklärungsansätze entwickelt werden. Vielmehr wird vor allem über die Spezifika und die Devianz, also die Abweichung, der Minderheiten gesprochen. Warum sind *die* so anders, so extrem? Wohingegen ein Anschlag in Hanau, in Westdeutschland, verübt von einem Westdeutschen ohne Migrationshintergrund, ganz offensichtlich bei vielen Menschen zu dem Aha-Erlebnis führte, dass Radikalisierung und Terrorismus keine kulturspezifischen Phänomene sind.

JH: Da muss ich Ihnen leider widersprechen. Ich glaube nicht, dass sie sich dessen bewusst geworden sind, sondern sie wurden vielmehr gezwungen, es zuzugeben. Wie in einer nachholenden Bewegung. Ich bin davon überzeugt, dass sich die westdeutsche, nicht-migrantische Gesellschaft über ihre eigene Vorurteilkultur gegenüber der migrantischen wie auch der ostdeutschen Community äußerst bewusst ist. Diese Vorurteilkultur dient seit Jahren dazu, Privilegien und Besitzstände zu legitimieren und zu sichern. Man kann diese Debatte also durchaus radikaler führen, als wir das oft tun. Vorurteile, Stereotype und Stigmatisierungen, in Bezug auf migrantisch gelesene Menschen natürlich auch Rassismus, finden nicht nur auf einer rein diskursiven Ebene statt, sie dienen dazu, soziale und ökonomische Realitäten zu schaffen. Sie haben das in Ihrer Studie zu den ostdeutsch-migrantischen Analogien, über die wir später noch sprechen werden, bewiesen. Vermögensverteilung, Elitenrepräsentanz und so weiter. Aber letztlich haben Sie Zahlen für Phänomene gefunden, die auch ohne diese Studie niemand hätte ernsthaft leugnen können. Ich glaube also, die Weiße westdeutsche Mehrheitsgesellschaft wurde durch Hanau gezwungen, ein paar Sachen zuzugeben. Im Zuge der De-

batte nach dem Mord an George Floyd und den *Black Lives Matter*-Demonstrationen geschah das dann noch einmal in einer viel tieferen, breiteren und detaillierteren Form. Der Osten trat in solchen Zusammenhängen lange Jahre als eine Art Entlastungserzählung auf, stellte eine Art Sondermülldeponie dar, wohin man verkippte, was man selbst nicht brauchen konnte. Natürlich, weil sich diese Phänomene dort mit einer besonderen Schärfe und Dringlichkeit zeigen, was wiederum, und gegen diese Einsicht wehrt sich der Westen vehement, vor allem sozioökonomische Gründe hat. Diese Argumente immer und immer wieder beiseitezuschieben, als gäbe es eine Art ostdeutsches Radikalitätsgen, hat den Westen immer wieder vor quälenden Selbstfragen geschützt. Vor allem in Bezug auf die eigene Rolle im Einigungsprozess. Ich habe es oben bereits beschrieben, bei mir selbst setzt nach solchen Taten *immer* ein unglaubliches Schamgefühl ein. Gegenüber der eigenen Herkunft. Gegenüber der eigenen Community. Diese Scham sehe ich auf Weißer westdeutscher Seite, vereinfacht gesagt, nur momenthaft. Ich kenne keinen Text eines westdeutschen Kollegen nach dem Attentat von Hanau, der die Mitschuld der eigenen Gesellschaft an solchen Attentaten thematisiert hätte; erst im Zuge der *Black Lives Matter*-Debatte erschienen Texte, die nach dem strukturellen Rassismus in der Gesellschaft fragten, die endlich uns, also die Weißen, in den Blick und die Verantwortung genommen haben.

NF: Bei ostdeutschen Publizisten ist das anders?

JH: Ostdeutsche Publizisten setzen sich seit vielen Jahren mit diesen Phänomenen und Strukturen innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft auseinander, immer wieder hinterfragen wir unsere eigenen Verflechtungen, unsere eigene Schuld, unsere eigene Scham, unsere Risse, unser Wegsehen. Mir fällt Daniel Schulz' Text »Wir waren wie Brüder« ein. Aber auch Sabine Rennefanz hat nach Bekanntwerden des NSU einen Text mit dem Titel »Uwe Mundlos und ich« geschrieben. Sowohl Schulz als auch Rennefanz haben für ihre beeindruckenden Texte namhafte Preise gewonnen, was leider immer auch den schalen Beigeschmack hat, dass die Mehrheitsgesellschaft solche Darstellungen gern hört und gern prämiert, solange sie sich nicht selbst

davon betroffen wähnt. Und in Bezug auf den Osten kann man zu dieser Haltung eben nur dann finden, wenn man die Wiedervereinigung als einen vornehmlich ostdeutschen Prozess beschreibt. Der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft dagegen reichte bis dato die Pose, den Täter nun auch offen als einen Rassisten zu bezeichnen.

NF: Den Eindruck habe ich nicht. Während das Attentat für die migrantische Community nicht unerwartet kam, war es für die Mehrheitsgesellschaft ein kontrahypothetischer Befund. Da kommt so ein Betriebswirt, ein gelernter Bankkaufmann, der aussieht wie ein Spießer, der lebt wie ein Spießer, der einem Weißen westdeutschen Milieu entstammt, das unsichtbare Normalität repräsentiert, und macht etwas, das man all die Jahre dem Osten zugeschoben hat. Und zwar mit der Erklär-Hypothese, die Ostdeutschen kannten halt keine Demokratie, weil sie in der DDR aufgewachsen und demnach prototypisch antidemokratisch sind. Oder man verortete Extremismus und Radikalisierung bei den Muslimen, indem man ihre Kultur als intrinsisch – also aus ihrem Wesen heraus – unzivilisiert abwertete. Plötzlich erkennt man, dass Rechtsextremismus im Schatten dieses Wegschiebens auf die Anderen seit Jahren in der gesamten Gesellschaft voranschreiten konnte. Die rechte Gefahr ist nicht mehr zu leugnen. Spätestens seitdem sie in den Sicherheitsdiensten selbst so deutlich präsent ist. Es ist bewiesen, dass es in Sicherheitsorganen und Polizeikreisen Netzwerke gibt, die sich radikalisieren. Es ist bekannt, dass es einen prozentual hohen Anteil von Reichsbürgern innerhalb der höchsten Spezialeinheiten der Bundeswehr, also GSG9 und KSK-Gruppen, gibt. Seit geraumer Zeit verschwinden Waffen aus der Bundeswehr. Und es wurden rechtsterroristische Zellen enttarnt. Auch wissen wir, dass mit Hans-Georg Maaßen bis vor Kurzem ein Verfassungsschutzpräsident im Amt war, der inzwischen offen rechtsextrem und verschwörungstheoretisch argumentiert. So wird man plötzlich Zeuge seiner eigenen Fehldeutung. Leugnungen oder Verschiebungen haben ja immer auch eine entlastende Funktion. Wenn man Extremismus und Radikalisierung vor allem über kulturelle Elemente von Minderheiten zu erklären versucht, versperrt das den analytischen Blick für systemi-

sche und politische Fehlfunktionen. Hanau hat gezeigt, dass das übliche Raster auf die Figur des westdeutschen Attentäters Tobias Rathjen nicht zutrifft.

JH: Noch mal, ich bezweifle, dass der Erkenntnisprozess so tief und nachhaltig ist. Zugegeben, Angela Merkel hat gesagt, »Rassismus ist ein Gift. Und dieses Gift existiert in unserer Gesellschaft.« Dennoch scheint ›Gesellschaft‹ in diesem Zusammenhang wie eine Chiffre zu sein, die im Zweifelsfall jedenfalls nicht einen selbst meint. In Mehrheitsgesellschaften kann sich ein jeder leichthin von ›der Gesellschaft‹ distanzieren, weil es keine übergeordnete, einordnende und urteilende Instanz gibt, die man nicht selbst ist. In Minderheiten gelingt das nicht. Sie werden immer von außen in den Blick genommen, bewertet und beurteilt. In Minderheiten wird der Einzelne schnell wieder zum Teil einer Gruppe erklärt, werden demokratische Selbstbekenntnisse entweder zu einer lästigen Pflichtübung oder nicht ernst genommen. So, wie Ihr Sohn genau weiß und ich genau spüre: Wenn das ein islamistischer Anschlag gewesen wäre oder einer in Ostdeutschland, im Zweifelsfall wäre ich mit gemeint. Im Zweifelsfall würde auch er, würde auch ich zum Täter, zum Teil einer, wenn auch oft nur geraunten, kollektiven Täterschaft erklärt, die neue Vorurteile nährt oder Selbstbekenntnisse erwarten würde. Eine solche Tat würde auch uns wie ein Makel anhaften. Haftet einer Westdeutschen oder einem Westdeutschen Hanau als Makel an? Ich glaube nicht.

NF: Der Mehrheitsgesellschaft gelingt es tatsächlich sehr viel leichter, auf die Einzeltäter-Hypothese hinzuweisen. Denn ihr Diskurs ist sehr von der Vorstellung geprägt, ›bei uns‹ macht man so etwas nicht. Unsere Normen sind von Demokratie und der Achtung von Menschenleben geprägt. Terrorismus ist nicht Teil unserer Norm, sondern Teil der Vorstellungswelt Einzelner, womöglich geistig Verwirrter. Das ist auch eigentlich richtig. Nur: Wenn es islamistische oder Taten in Ostdeutschland betrifft, wird nicht dieselbe analytische Perspektive eingenommen. Dann greift der Reflex. Die Tat wird mit einem generalisierenden Verweis auf die andere Kultur oder die andere Religion gedeutet. Bei Ostdeutschen in Bezug auf ihre andere Sozialisation in der DDR.

JH: Deshalb entlässt die Mehrheitsgesellschaft sowohl Migranten als auch Ostdeutsche aus Schuldfragen viel zögernder, als sie sich selbst entlassen würde. Sie fordert uns bewusst oder unbewusst immer wieder dazu auf, uns mit diesen Anteilen zu beschäftigen. Das geht sogar so weit, dass, wenn ich die autoritären Milieus im Osten in einem Text einmal unerwähnt lasse, sich sofort Kritik artikuliert, ich mich gegen den Vorwurf der Verharmlosung wehren muss. Es gibt eine nicht geringe Erwartungshaltung, die heutige Realität des Ostens immer und immer wieder mit einem besonderen Augenmerk auf ihre reaktionären Anteile zu deuten. Ich erinnere mich noch gut an den Text des langjährigen Ostdeutschland-Korrespondenten Markus Decker, der 2018, also auf dem Höhepunkt der Debatte über den Rechtsruck in Teilen der ostdeutschen Gesellschaft, unter der Überschrift »Ich bin wieder der Wessi« erschien. Darin heißt es: »Ich habe den Osten immer so verteidigt. Ich schrieb sogar ein Buch über Leute wie mich: *Zweite Heimat – Westdeutsche im Osten*. Ich porträtierte die, die nicht nur in die neuen Länder gezogen, sondern hier heimisch geworden sind. Doch inzwischen hat sich für mich vieles geändert. Meine Sicht auf den Osten, auf diese zweite Heimat. Mein Verständnisreservoir ist, was Ostdeutschland betrifft, seit der Flüchtlingskrise aufgebraucht.«¹⁴ Ich denke, dieser Text hat vielen Westdeutschen aus der Seele gesprochen, mich hat er gekränkt, ja, sogar verletzt. Da war es wieder, das einheitliche Bild vom braunen Osten. Da war sie wieder, die nur geborgte Toleranz, die Toleranz auf Zeit, die solchen wie uns vom Hegemon jederzeit entzogen werden kann. Ebenso nach Hanau, die ersten Bilder der *tagesschau* am Abend nach dem Anschlag zeigten die zahlreichen Demonstranten. Man hat nicht mit den Bildern der Tat aufgemacht, sondern sah überall die Mahnwachen. Darin inszeniert sich die Mehrheitsgesellschaft als eine, die sofort verstanden hat. Sehr schnell verstanden hat, was zu tun ist. Ich bin mir nicht sicher, ob man der ostdeutschen Gesellschaft ein solches Privileg ebenso zuteilwerden ließe.

NF: Sehr kluger Gedanke, es als ein Privileg anzusehen, sich selbst in der Rolle der Mittrauernden auch zeigen zu dürfen. Darüber habe ich noch nicht nachgedacht. Auch Muslimen, die ebenso

über die Opfer islamistischer Anschläge trauern, wird diese Rolle in Deutschland nicht wirklich zugestanden. Dabei wurden in der Vergangenheit auch von muslimischer Seite Anti-Terror-Demos organisiert, muslimische Organisationen haben sich gegen Islamismus oder Antisemitismus mit eigenen Presseerklärungen zu Wort gemeldet. Das dringt aber nicht durch, und oft lautet der Vorwurf, die Muslime distanzieren sich nicht ausreichend. Die Mehrheitsgesellschaft wird in ihrer Positionierung als Mittrauernde viel weniger hinterfragt, weil sie einer Beobachtung und Bewertung von außen nicht unterliegt. Mehr noch, dieses Außen existiert für sie gar nicht. Eher hören wir Aussagen wie ›Das ist ein Angriff auf uns alle‹. Man identifiziert sich also mit den Opfern, aber natürlich gelten rassistische Anschläge nicht allen Deutschen, sondern vor allem denen, die phänotypisch anders aussehen. Dennoch regt sich in Bezug auf Hanau bei mir eine gewisse Hoffnung auf gesteigerte Selbstreflexion innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Ort und Täter haben das Geschehen ins Herz Westdeutschlands verlagert, nach Hessen, in den Raum Frankfurt am Main, also die Wiege der Gründung Deutschlands. 1848 hat dort, in der Frankfurter Paulskirche, die Nationalversammlung getagt, die erste gesamtdeutsche Volksvertretung. Diese Region ist stark mit der Vorstellung von einem demokratischen Deutschland verknüpft. Die 68er Studentenbewegung hatte dort eines ihrer Zentren. Knapp 35 Prozent der Bevölkerung in Hessen hat einen Migrationshintergrund. Frankfurt, Offenbach oder Hanau sind westdeutsche Städte und gleichzeitig auch migrantische Städte. Ich habe schon mehrfach gesagt, dass das Attentat niemanden in der migrantischen Community wirklich überrascht hat. Der Ort, an dem es stattfand, überrascht hingegen. Natürlich ist es folgerichtig, einen Ort zu wählen, wo viele Migranten leben, weil das die Möglichkeit erhöht, sie auch zu treffen. Auch der NSU mordete im Westen. Aber die Normalität der Migration ist im Westen höher und erzeugt auch ein stärkeres Sicherheitsgefühl. Empirisch ist nachweisbar, dass die meisten Konflikte und die höchste Migrationsabwehr dort zu finden sind, wo die wenigsten Migranten leben. Wenn wir sagen, in Ostdeutschland reagieren die Menschen mit größerer Abwehr auf Migration,

weil es dort weniger Migranten gibt, wenn wir sagen, dort zeigt sich Rassismus offener und brachialer, dann ist das richtig. Wenn wir sagen, im Islam selbst sind Wurzeln der Gewalt, des Patriarchats, der Abwertung anderer Minderheiten oder Geschlechter angelegt, dann ist diese Kritik auch richtig und wichtig. Wie stark Rassismus verankert ist, erklärt das hingegen nicht. Wir müssen endlich – und diese Chance bietet nicht zuletzt Hanau – erkennen: in Deutschland sind die Wurzeln des Rassismus systematisch angelegt und strukturieren die Institutionen und die Positionen. Und das hat Folgen.

JH: Und warum, denken Sie, kommt das zumindest bisher in der allgemeinen Deutung nicht an?

NF: In Deutschland wird das Wort Rassismus selten zur Analyse herangezogen. Stattdessen spricht man meistens von Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit, in akademischen Kontexten von ethnischer Diskriminierung. Das ändert sich gerade. Dennoch, viele reagieren auf das Wort sehr abwehrend. Vor allem: Viele scheinen bis heute zu denken, Rassismus habe ausschließlich etwas mit dem Verhalten von Weißen gegenüber Schwarzen zu tun und da es hierzulande nicht so viele Schwarze Menschen gäbe, existiere auch kein Rassismus, sondern eben Ausländerfeindlichkeit. Auch die Vorstellung, Rassismus habe in Deutschland nicht dieselbe tiefsitzende Tradition wie in anderen europäischen Ländern mit einer ausgeprägten kolonialen Vergangenheit, kann nur funktionieren, weil die deutschen kolonialen Verstrickungen und Verbrechen, wie der Genozid an den Herero und Nama, immer noch kleingeredet werden.

JH: Dabei waren die deutschen Kolonien 1914 das an Fläche drittgrößte Kolonialreich nach dem britischen und französischen. Gemessen an der Bevölkerungszahl lag es an vierter Stelle nach den niederländischen Kolonien.

NF: Ein weiterer Gedanke, an den die Abwehr von Rassismus geknüpft wird, ist das Dritte Reich. Viele glauben, man habe sich mit Rassismus beziehungsweise Antisemitismus im Zuge der Aufarbeitung des Nationalsozialismus genug auseinander gesetzt und sei nun sozusagen immun dagegen. Rassisten können ihrer Überzeugung nach heutzutage nur diejenigen sein,

die als Neonazis oder Rechtsextremisten diese Aufarbeitung noch nicht durchlaufen und abgeschlossen haben. Die Vorstellung, dass Rassismus etwas mit der Abwertung von biologisch definierten Rassen oder deren Fehlverhalten zu tun haben muss, ist ebenfalls noch immer in den Köpfen vieler Menschen verankert. Dabei ist schon 1972 mit der Genomsequenzen-Analyse nachgewiesen worden, dass es überhaupt keine menschlichen Rassen gibt.¹⁵ Dennoch gibt es verbreitete Argumente wie: antimuslimischen Rassismus gibt es nicht, Muslime sind ja keine Rasse. Auch Juden sind keine Rasse, weil es, wie gesagt, überhaupt keine Menschenrassen gibt, aber das rassistische Weltbild der Nationalsozialisten hat sechs Millionen von ihnen vernichtet – aufgrund der *Vorstellung* von rassistischer Überlegenheit. Rassismus arbeitet mit Rassenkonstruktionen. Bis heute. Und die funktionieren immer nach dem gleichen dreigliedrigen Muster. Erstens: Verallgemeinerung durch Stigmatisierung und Stereotypisierung. Zweitens: Abwertung durch Hierarchisierung, Benachteiligung und Ausgrenzung. Drittens: Vernichtung oder dauerhafte Unterdrückung und Unterschichtung. Rassismus erniedrigt, demütigt und tötet – auch mental. Bob Marley hat das in seinem »Redemption Song« als *mental slavery* benannt. Der Soziologe Stuart Hall spricht in diesem Zusammenhang auch von »Internalisierung des Selbst als Anderes«.¹⁶

JH: An dieser Stelle wäre es sicher hilfreich, einmal nach dem Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus zu fragen. Beides sind Ideologien der Ungleichheit, wenngleich sie freilich auch in Teilen unterschiedlich konstruiert werden. Werden im Rassismus die Betroffenen abgewertet, nimmt auch der Antisemitismus partiell Abwertungen vor, konstruiert aber gleichzeitig »die Juden« als mächtig und einflussreich, wertet sie demnach auf und lässt den Antisemiten als Opfer erscheinen. Mögen Sie noch etwas zu den Zielen von Rassismus sagen?

NF: Rassismus dient dazu, die eigene Position, das eigene Privileg, die eigene Stellung in der Gesellschaft auch dann zu legitimieren, wenn sie nicht gerechtfertigt oder eben nicht legitimierbar sind. Als westliche Kolonisatoren Menschen in den Kolonien

auszubeuten begannen – nachweislich, nachdem Immanuel Kant seinen kategorischen Imperativ entwickelt hatte, der einen Maßstab für gerechtes Handeln darstellen sollte –, schufen sie sich eine legitimatorische Prämisse, die ihnen ihr Handeln erlaubte. Sie selbst sahen sich ja durchaus in einer aufklärerischen Tradition und waren vom Gedanken der Gerechtigkeit, Sittenhaftigkeit und geistigen Emanzipation angetrieben. Kants kategorischer Imperativ bedeutet ja, der Mensch solle aus sich heraustreten und sich in andere hineinversetzen, um zu wissen, wie er sich verhalten muss. Um also ein offensichtlich ethisch, philosophisch und religiös illegitimes Handeln zu legitimieren, erfand man Rassen und deklarierte die kolonisierten Menschen in Afrika zu niederen Wesen. Quasi zu Nicht-Menschen. Damit war der Imperativ hinfällig, denn sie waren ja nun keine Menschen mehr, in die man sich hineinversetzen, sondern die erst einmal zivilisiert werden mussten. Birgit Rommelspacher bezeichnet diese Funktionsweise des Rassismus als »Legitimationslegende«.¹⁷ Alles Unrecht, alle Gewalt wurde mit dem Wort Zivilisierung verdeckt. So, wie das Wort Demokratisierung später die illegale Besetzung Iraks durch die Amerikaner legitimieren sollte. Im Sinne der Macht und des Erlangens von Privilegien wurde eine brutale und mörderische Kolonialisierung umgedeutet in eine zivilisatorische Mission, die illegitime Besetzung eines Landes umgedeutet in eine Demokratisierung. Rassismus nutzt als Legitimation die vermeintliche Überlegenheit der eigenen sozialen Gruppe und konstruiert dafür die unterlegene, schädliche, zu erziehende oder zu eliminierende Rasse. Kant schreibt explizit: »Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen«.¹⁸ Für Schwarze Menschen würde es nur zu einer Kultur der Knechte reichen. Deswegen blieben sie ewig Kinder, die unfähig wären, sich selbst zu führen. Es ist im Selbstbild der heutigen Zeit wenig verankert, wie rassistisch und antisemitisch die Texte der Aufklärung teilweise waren.

Übrigens: Auch der Islamismus nutzt als Legitimation für die Abwertung und Vernichtung Anderer die eigene Superiorität und ignoriert damit die Botschaften von Respekt und Gleichheit im Islam. Da der Prophet Mohammed sagt »Wenn jemand

einen Menschen tötet, so ist es, als hätte er die ganze Menschheit getötet«,¹⁹ erklären Islamisten, dass diejenigen, die sie töten, gar keine Menschen seien. Dafür deuten sie auch selektiv Stellen im Koran um. Um das abzuschließen: Rassismus ist ein legitimatisches Prinzip, und es strukturiert unsere Gesellschaft. Es umfasst viel mehr als die persönliche Abwertung oder Beschimpfung. Die meisten lehnen das Wort Rassismus für sich ab, weil sie sich nur auf einer persönlichen Ebene überprüfen, nach dem Motto: Ich bin doch aber kein Rassist. Es geht aber darum zu verstehen, dass wir alle in einem rassistischen System aufwachsen, in dem Weiße Menschen zunächst einmal mehr Vertrauen auslösen und bei vielen Fragen von Arbeits- bis Wohnungssuche eben privilegiert werden. Davon profitieren auch jene, die nicht selber rassistisch sind. Darum geht es doch. Die Relevanz von Rassismus für unser aller Leben zu begreifen und zu verstehen, wie spezifische Gruppen davon stärker betroffen sind.

JH: Meinen Sie denn, das Niveau der Bedrohung durch rechtsradikale, rassistische und antisemitische Anschläge wird in Deutschland noch zunehmen?

NF: Ehrlicher Weise muss man sagen, die Steigerung des Bedrohungspotenzials ist grundsätzlich eine Strategie von Terrorismus. Egal wo. Terrorismus definiert sich durch das Ziel, mit minimalen Mitteln, also ohne Armeen oder viel Geld, maximale Verwüstung auszulösen und eine Botschaft zu transportieren, die Angst in der Bevölkerung sät und damit die Politik zum Handeln zwingt. Die vielen Attacken in den 1990er Jahren auf Ausländer und Asylunterkünfte haben 1993 zum sogenannten Asylkompromiss geführt, also dazu, dass die Bundesregierung das Recht auf Asyl einschränkte. Terror, Angriffe und Hetze können also durchaus effektiv sein, um politische Ziele durchzusetzen. Dabei können schon sehr wenige Personen in der Lage sein, diese Angst zu erhöhen oder sie dauerhaft weiterzutragen. Im Falle von Hanau war es ein einzelner Täter, aber seine Tat ist eingebettet in ein existierendes ideologisches und logistisches Netzwerk. Derzeit gibt es eine sehr hochgerüstete und akute Gewaltbereitschaft innerhalb der rechten Szene. Die Polizei suchte 2019 bundesweit nach 482 untergetauchten

Rechtsextremisten. Da es teilweise um mehrere Delikte geht, fahnden die Sicherheitsbehörden mit 624 Haftbefehlen. Der älteste dieser Haftbefehle stammt aus dem Jahr 2002. Da waren Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bereits vier Jahre untergetaucht. Aber mittlerweile sind es nicht mehr wie beim NSU drei Leute, sondern es sind ein paar Hundert. Es muss also auch ein Unterstützernetzwerk geben, das diese knapp 500 Leute versteckt und weit über das des NSU hinausgeht. Eine Verrohung der Sprache, Hetze und Gewalt gegen Migranten, speziell gegen muslimische Migranten, das ist ja alles schon da gewesen, darauf setzt die Tat von Hanau auf. Sie fand statt, nachdem knapp eine Woche vorher ein rechtes Netzwerk aufgedeckt worden war. Ziel dieser rechten Terrorzelle mit dem Namen »Teutonico« oder wahlweise »Der harte Kern« war es, in zehn Städten Moscheen anzugreifen und Muslime beim Beten, also in einer sehr vulnerablen Situation, zu töten. Davor gab es die 2018 verurteilte rechtsextreme Gruppe Freital, die Sprengstoffanschläge auf Asylunterkünfte und Übergriffe auf Flüchtlingsunterstützer verübt hat. Oder einen NSU 2.0, der 2019 in Hessen, womöglich mit Unterstützung aus den Reihen der Polizei, Bedrohungsschreiben an türkeistämmige Menschen verschickte, bis heute nicht aufgedeckt wurde und gerade in letzter Zeit wieder vermehrt aktiv wird. Das ist, um nur die hervorstechendsten Ereignisse zu nennen, der Gesamtzusammenhang, in dem Hanau steht. Gleichzeitig ist uns durch diese schreckliche Tat etwas für unser Gespräch mit auf den Weg gegeben worden: Nämlich exemplarisch beschreiben zu können, dass es uns nicht weiterbringt, dauernd auf Minderheiten zu schauen, wenn wir Rassismus, Extremismus und Radikalisierung erklären wollen.

JH: Da sprechen Sie jetzt aus ostdeutscher wie aus migrantischer und postmigrantischer Perspektive.

NF: Sowohl als auch, ja. Mit dem Attentat von Hanau bietet sich erneut die Chance, deutlich zu machen, dass die Problemverlagerung auf diese beiden sozialen Gruppen den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Problematik verstellt. Ich sage an dieser Stelle bewusst: erneut. Denn in der Deutung terroristischer Taten wurde bisher oft mit zweierlei Maß gemessen. Waren

Weißer Westdeutsche die Täter, wurde sensibler in der Analyse vorgegangen und dem Stereotyp widerstanden, es könnte etwas mit der deutschen Kultur und einem intrinsischen Rassismus zu tun haben. Der Attentäter von Münster 2018, der in Menschengruppen in Cafés hineinfuhr, oder der Attentäter von Silvester 2019, der in Bottrop und Essen mit dem Auto feiernde Migranten attackierte, wurden als wahnsinnige Einzeltäter klassifiziert. Bei muslimischen Tätern wurden Anschläge hingegen pauschal über die Religion oder die Kultur erklärt. Aber war denn der minderjährige Geflüchtete, der 2016 fünf Menschen in einem Regionalzug mit einem Beil verletzte und von einem Spezialeinsatzkommando der Polizei erschossen wurde, ein rational handelnder Akteur, der tötete, weil seine Kultur es so wollte? Warum dieser doppelte Maßstab? Wo führt uns das hin?

JH: Leider genau dorthin, wo es hinführen soll. Weg von den Fragen, die sich die Mehrheitsgesellschaft selbst stellen müsste. Die sie sich aber nicht stellen will. Wir werden sehen: Hanau wird in der Tendenz als Abweichung von der Norm interpretiert und Halle – wie alle vorangegangenen Anschläge in Ostdeutschland – eher als Beleg für eine Devianz. Wir haben zwei vergleichbare Ereignisse, die jeweils verschieden *geframed* werden.

NF: In der Diskussion über Hanau ist es wichtig, dass die Frage gestellt wird: Hat Hessen ein Problem mit Rechtsextremismus? Mit Blick auf den Mord an Walter Lübcke in Kassel und nachdem ganze Zirkel von Rechtsextremisten in der Frankfurter Polizei aufgefliegen sind, ist das eine legitime Frage. Abgesehen davon, dass es seit dem Nationalsozialismus stabile rechte Gruppierungen in Nord-Hessen gibt und auch die Republikaner in diesem Bundesland lange Erfolge feiern konnten. Hinzu kommt der Mord an Halit Yozgat durch den NSU in Kassel, bei dem es offensichtlich lokale Unterstützerstrukturen gab. Bei der Antwort auf die Frage wird es sicherlich nicht um die Mentalität oder die Kultur der Hessen gehen, sondern um strukturelle Probleme. Im Fall von Hessen würden wir also über die richtigen Gründe sprechen und könnten die Albernheiten jener Debatten aufzeigen, die bei Ostdeutschen und Muslimen so oft verfangen. Nun ist es

nicht mehr möglich, das Problem Rassismus einfach als Singularität abzutun.

JH: Rechtsradikalismus kann, wie Sie sagen würden, nicht länger nur über die vermeintliche Devianz einer Gruppe erklärt werden.

NF: Richtig. Wir werden sicher noch gezielter darauf eingehen, was genau unter Devianz zu verstehen ist.²⁰ Für den Moment will ich es dabei belassen, festzustellen, dass die Gesellschaft nach Hanau nicht mehr so leicht auf ritualisierte Erklärverläufe zurückgreifen können. Wir müssen uns ganz grundsätzlich von diesen monokulturellen Erklärungsformationen verabschieden. Nicht nur in Bezug auf Radikalisierung und Rassismus, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Das ist ja auch einer der zentralen Gründe, warum wir beide dieses Gespräch miteinander führen. Wir wollen Deutungsangebote unterbreiten, die den Blick auf Deutschland in gesellschaftsanalytischer Hinsicht weiten und sich aus ostdeutscher und migrantischer Perspektive nähern. Wir beide haben Erfahrungen im Alltag, im Beruf und in der Öffentlichkeit gemacht, die exemplarisch sind, also nicht nur uns individuell betreffen, sondern uns als Angehörige einer sozialen Gruppe adressieren. Sie ähneln somit möglicherweise den Erfahrungen von anderen Menschen in unserer jeweiligen sozialen Gruppe. Möglicherweise ähneln sich die Erfahrungen sogar untereinander oder gehen über die sozialen Gruppen hinaus, denen wir zugewiesen werden oder denen wir uns performativ selbst unterwerfen.

JH: Da bin ich voll und ganz bei Ihnen. Und gerade deshalb finde ich es außerordentlich interessant, nach dieser ersten Runde festzuhalten: wir haben viele Parallelen und Unterschiede zwischen Hanau und Thüringen festgestellt. Wir haben uns Hanau aus verschiedenen Blickwinkeln angesehen. Und trotzdem gehen wir in einem Dissens auseinander. Meine Erfahrung mit Ostdeutschland lässt mich vermuten, dass Thüringen keine Zäsur darstellen wird, weil wir die Probleme nicht strukturell zu lösen bereit sind und die Situation sich eher noch verfestigt. Sie dagegen hoffen, dass Hanau sich auf zukünftige Debatten und Entscheidungen im Sinne einer größeren Bereitschaft zur Veränderung auswirken könnte.

NF: In meiner Deutung, das gebe ich gerne zu, steckt natürlich auch der Wunsch nach Heilung, nicht nur persönlicher, sondern vor allem gesellschaftlicher Heilung. Auch wenn das möglicherweise noch ein langer Weg ist.